

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 RM, bei Selbstabholung 4.25 RM.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— RM, für 1 Monat 5.— RM.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.)
Postkonto Nr. 58 477.

Redaktion:
Leipzig, Linauer Straße 10/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18090.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 RM. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Plagvorschritt 1.85 RM. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 RM. Die Reklame-Kolonelle 0.25 RM.
Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Linauer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Rücktritt der Reichsregierung!

Berlin, den 26. März, mittags. Das gesamte Kabinett ist zurückgetreten. Die für heute angelegte Sitzung der Nationalversammlung ist verlagert.

Die schleppende Regierungskrise.

Berlin, 26. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Krise in der Kabinettsbildung ist noch nicht beendet. Die Verhandlungen über die Umbildung der Regierung waren gestern mittags zwar so gut wie abgeschlossen. Von dem Rücktritt des gesamten Ministeriums wollte man Abstand nehmen und lediglich die ohnehin vakanten Ministerposten neu besetzen. Die Vorschläge des Zentrum, zum Reichsfinanzminister den Direktor der Post, Cuno, und zum Reichsjustizminister den badischen Finanzminister Dr. Wirth zu ernennen, waren angenommen worden. Die demokratische Fraktion hatte sich nach einigen Äußerungen auch entschlossen, das durch den Rücktritt Cunos freigewordene Reichswehrministerium mit dem bisherigen Wehrminister Dr. Hecker zu besetzen. Nur das Wehrministerium stellte die Sozialdemokratie schließlich an Stelle von Hecker, der Ingenieur Schmidt als Kandidat an. Am nächsten sollte alles unverändert bleiben.

Da Kräfte in diesem Zusammenhang die Gewerkschaften unter Hinweis auf die mit ihnen getroffenen Vereinbarungen einzuweisen und forderten die Umbildung Cuno aus der Koalition. Inwiefern der Rücktritt des sozialdemokratischen Reichsjustizministers Schick und des demokratischen Reichsjustizministers Schiller, weil beide in der vergangenen Woche sich auf Verhandlungen mit der Rapp-Regierung eingelassen hätten. Nach längeren Besprechungen liegen die Gewerkschaften den Blicken gegen Schick fallen. Die demokratische Fraktion erklärte sich mit Schiller als sozialdemokratisch und kündete den Rücktritt der demokratischen Minister für den Fall an, daß die Gewerkschaften auf ihrer Forderung bestehen bleiben sollten. Herr Cuno dürfte das ihm angebotene Portefeuille nunmehr ablehnen.

Die Mehrheitssozialdemokratie und vor allem der fraktionsvorkämpfende Kube suchen nach dem Bericht des Berliner Tageblattes zwischen den Demokraten und den Gewerkschaften zu vermitteln. Diese Verhandlungen dauern noch fort. Heute soll der Abgeordnete Wegien den gewerkschaftlichen Organisationen Bericht über die Lage erstatten.

Die Regierungsumbildung in Preußen.

Ein abgelehntes Angebot der Rechtssozialisten.

Berlin, 26. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Vorsitzende der Reichssozialisten an der Spitze seines heutigen Morgenblattes folgende Mitteilung:

„Der Grund des Aktionsprogramms der Unabhängigen, das in der Freiheit veröffentlicht worden ist, hatte die sozialdemokratische Fraktion der Preussischen Landesversammlung beschlossen, die Abgeordneten Geß, Limberg und Brandenburg zur Fraktion der Unabhängigen zu entsenden und mit ihr über die Bildung einer gemeinsamen preussischen Regierung zu unterhandeln. Die Fraktion der Unabhängigen hat jedoch durch die Abgeordneten Dr. Rosenfeld und Stöckert erklären lassen, daß sie nur an einer reinen sozialistischen Regierung teilnehmen kann.“

Unter diesen Umständen ist der Versuch einer gemeinsamen Kabinettsbildung mit den Unabhängigen als gescheitert anzusehen.

Infolge der Weigerung der Unabhängigen muß es in Preußen beim Koalitionskabinetts bleiben, und für die ihr zustehenden Ministerien schlägt die sozialdemokratische Fraktion folgende Genossen vor: Präsident: Franz Krüger, Innen: Geering, Finanzen: Glöckner, Landwirtschaft: Otto Braun, Unterricht: Gaeckler. Dazu kommen je zwei Demokraten und Zentrumsmitglieder.

Weiter meldet der Vorsitzende: Der Ministerialdirektor beim Reichspräsidenten, Genosse Franz Krüger, hat wegen politischer Meinungsverschiedenheiten mit dem Reichspräsidenten um seinen Abschied nachgesucht, der ihm bewilligt worden ist.

Wer verhasst und wer nicht verhasst wird!

Berlin, 26. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Während ein Kasibefehl gegen Eudendorff nicht erlassen ist, berichtet die Freiheit über einen Kasibefehl in Hannover, der gegen den Führer der dortigen Unabhängigen ausgesprochen wurde, unterzeichnet von dem Regierungskommissar Peiner und dem Militärkommissar v. Hülsen, datiert vom 18. März. Der Genosse wird hinfür in Schutzhaft genommen wegen der Abfassung eines Flugblattes,

dessen Drucklegung und Verbreitung ohne sein Wissen und gegen seinen Willen erfolgte. „Die Gefahr einer solchen Flugblattabfassung sei um so größer, als im Westen bereits die gewalttätige Befestigung der Verfassung durch Androhung der Militärdiktatur vollzogen sei.“

Die Freiheit nennt diesen Schimpfbefehl das Unerhörteste, was auf diesem Gebiete möglich ist. Der Hinweis auf die Militärdiktatur im Westen ist eine Unwahrheit, und ungläublich ist es, einen Mann wegen eines Flugblattes in Haft zu nehmen, an dessen Druck und Verbreitung er gar nicht beteiligt war!

Strafwürdige Reichsfertigkeit.

Ueber die Vorgeschichte des Rapp-Putsch werden neue Einzelheiten bekannt, die immer deutlicher zeigen, mit welcher unverantwortlichen Leichtgläubigkeit die Regierung der Herren Bauer und Koste mit dem Schicksal des deutschen Volkes gespielt hat. Am 10. März bereits erhielt die Marinebrigade Erhardt, die schon seit Monaten hätte entwaffnet werden sollen, den Befehl, in das Lager nach Döblich abzurücken, um dort entwaffnet zu werden. Die Brigade verweigerte die Ausführung dieses Befehls, hätte also schon von diesem Zeitpunkt an als meuternde Truppe behandelt werden müssen. Trotzdem wagte der Militant des Reichswehrministeriums, Herr v. Gilla, noch am Freitagabend die Haltung des Herrn v. Wittich als durchaus korrekt zu bezeichnen. Selbst am Vorabend des Putschs noch versuchte man die Öffentlichkeit über die Gefahr zu täuschen, in die die verbretterische Polizei des Herrn Koste die deutsche Republik und das deutsche Volk geführt hatte.

Außerordentliches Kriegs- und Standgericht in Halle.

Halle a. S., 26. März. Der Militärbehördenrat ist bekannt, daß in Halle ein außerordentliches Kriegsgericht eingesetzt ist. Waffnen sind bis heute mittag abzuliefern. Ferner ist ein Standgericht eingesetzt worden zur Aburteilung der Personen, die mit Waffen in der Hand getroffen werden.

In den großen Betrieben wird im allgemeinen noch gestreikt, doch ist, wie uns von der Streikleitung mitgeteilt wird, für morgen die Wiederaufnahme der Arbeit zu erwarten, nachdem die Mehrzahl der Beschäftigten wieder auf freien Fuß gesetzt worden ist. Außer nach Leipzig ist nun auch der Eisenbahnverkehr nach Kassel wieder aufgenommen worden. Damit fahren nun von Halle aus die Züge wieder nach allen Richtungen.

Verhandlungen über die Durchführung der Dielefelder Beschlüsse.

Essen, 26. März. Heute abend fand in Essen eine Konferenz sämtlicher Volksgenossen aus Rheinland und Westfalen statt, die sich mit der militärischen Lage im Ruhrrevier und den Dielefelder Beschlüssen beschäftigte. Die Konferenz, auf der auch die Vertreter der Geschichtseinstellungen zugegen waren, nahm einen sehr lebhaften Verlauf. Es wurde beschlossen, einen allgemeinen Bezirksrat für das rheinisch-westfälische Industriegebiet zu wählen, der nach Einvernehmen mit der Leitung der Roten Armee und deren Vertretern zu entscheidenden Beschlüssen und Verhandlungen bevollmächtigt wird.

Fortleitung des Kampfes?

Berlin, 26. März. Den Morgenblättern zufolge erklärte der Zivilkommissar Thielemann in Dielefeld einem Vertreter der Rheinischen Volkzeitung, die „rote Armee“ vor Wesel sei in ihrem Siegeszuge kaum zu halten. Die Reichswehrtruppen, die sehr hart seien, hätten den Ruhrbezirk größtenteils umzingelt. Der Volksgenoss sei bemüht, die rote Armee fest in der Hand zu behalten. Nur mit Ruhe und Bernunft sei eine Ordnung zu schaffen.

Das Berliner Tageblatt bringt einen Bericht des in Essen erscheinenden Ruhrchos, das die Fortleitung des Kampfes problematisch und ein Mittelweg zwischen Reaktion und Arbeitermacht der Arbeiterklasse für ausgeschlossen erklärt.

Kämpfe um Wesel.

Berlin, 26. März. Die V. B. am Mittag meldet aus Essen, daß die Zeitung der „Roten Armee“ den Fall Wesels bekannt gebe, wo die rote Armee bereits eingesetzt sei. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt hier nicht vor. Andre Meldungen besagen, daß vormittags 10 Uhr zwar um Wesel Kampf gelämpft wurde, daß es aber immer noch fest in der Hand der Regierungstruppen war.

(Nach einer heutigen Meldung aus Essen sind die Kampfhandlungen gestern auch bei Wesel eingestellt worden.)

„Hausputz“ vor Ostern.

Nach dem beifällig geäußerten Willen der großen Volksmehrheit der Arbeitenden, die mit sicherem Instinkt und unüberstößlichem Mut nach der gemeinsamen Abwehraktion in den ersten Kapiteln ihre Einheitsfront gegen das freche Verbösern der Staatsverächler improvisiert hatten, nach ihrem großen Hingegen des Generalstreiks und dem größeren Blutopfer der Barrikaden war zu hoffen, daß nun wirklich eine zielbewusste Säuberung des Reichsauglands von denjenigen, die dem Volke verantwortlich sein wollen, durchgeführt werden würde. Hausputz vor Ostern! Es wurden bestimmte, klare und wahrhaftig nicht „vollkommene“ Forderungen von den politischen und wirtschaftlichen Organisationen des arbeitenden Volkes erhoben. Das Kabinett Bauer war zwar nicht freigebig in seinen Zusagen und verlegte sich bei vielen dieser Forderungen auf ein kleinliches Positionsgespinnst und auf Paragraphenspähererei, die gerade nach dem großen befreienden Ostern-Sturm des deutschen Volkes unbegründlich erschienen. Immerhin: Die Herren Bauer versprachen, der Kampf würde abgebrochen und die Verhandlungen über die Ausführung der Zusagen begonnen. Was nun aber folgte, war von der ersten Minute an ein einziger großer Sabotageversuch der Bekümmerten und Verblüfften an der Staatskassette, vorgenommen an den eigenen Jugendsünden. Nirgendwo bemerkt man bis heute auch nur einen schwachen Anflug zu ehrlichem Willen und durchgreifendem Handeln. Mit Staubwedel statt mit Stahlbesen geht man sogar an die allererste und allerwichtigste Forderung des Volkes, an die endliche Ausrottung des militaristisch-putschistischen Kostealles heran.

Wir haben es schon oft in diesen Tagen betont und wiederholen hier unsere Warnung feierlichst: Es geht darob eine ungeheure, unsägliche Erbitterung durch das Land, das eben erst vom harten Strauß mit den militärischen Machthabern zu friedlicher Arbeit zurückgekehrt ist. Will man die eben wiederhergestellte „Ruhe und Ordnung“ führen, so gleitet man tiefer in die schiefen Ebene des engherzigen Fortwärtens, auf der man schon allzusehr in den alten Sumpf hinein herabgelassen hat, weiter hinab. In allerletzter Minute, ehe es zu spät ist, seien diejenigen, die es angeht, gewarnt!

Was ist bisher geschehen gegen das militaristische Strauchrittertum? Nichts! Noch weniger als nichts! Das Regierungskabinet Vorwärts teilt trocken mit, daß Döberls großer Zug aus Studenten und andern Kreisen erhält und daß die sich Weibenden von den Ballisturnen bewaffnet werden. Eine friedliche Betriebsversammlung der RGS wurde am Dienstag abend erst vor der Sicherheitswehr gewaltsam auseinandergejagt. Reichssozialistische Stadträte Groß-Berlins — vor unsern und den kommunistischen Genossen ganz zu schweigen — werden verhaftet und verschwinden spurlos in irgendeinem Berlin der Handgranatenleute. Dem General Walter im Ruhrgebiet, dem berüchtigtesten politisch-reaktionären Krawattendrehen gegen die dortige Arbeiterpresse und in der Rappwoche die schwandende der Wassermannschen Gestalten im Offiziersklub, wird vom Reichskanzler Bauer der telegraphische Freibrief ausgestellt, daß „er nicht zu den reaktionären Offizieren gehöre“, was selbst den Vorwärts so in Gänzlich bringt, daß er auch schärfsten Protest auffordert. Die Troikas und Wittwiche sind nun gegen Ehrenwort in Schutzhaft, statt hinter Schloß und Riegel gesetzt worden: Glacéhandschuhe gegen Hochverrat! Sogar in Herrn Weilmann von der V. B. regt sich da, nach langer Zeit, wieder etwas vom ehemaligen sozialistischen Freiheitskämpfer: „Als ob Hochverrat ein Ehrenwort hätten!“ schreibt er heute. „Ist man etwa mit Liebknecht so verfahren, der lieber gegenüber den Wittwiche und Genossen turmhoch als Ehrenmann dastand, oder sonst gegenüber einem der Aufständischen vom Januar und März 1919? Wie stehen wieder vor der unheimlichen Tatsache, daß die Regierung die Energie, die ihr gegen links in so überreichlichem Maße zur Verfügung stand, gegen rechts nicht finden kann.“ Ja, die Energie der Regierung, dieses besondere Kapitel aus dem Roman: Der deutsche Regierungsumsturz! Als Koste endlich den längst verdienten Freitritt bekam, fiel ihr kein anderer als Nachfolger ein, als ausgerechnet wieder ein wackelnder General. Von Herrn von Seck wird uns ja wiederum versichert, daß er wirklich verfassungstreu sei. Aber hat man das von den Wittwiche nicht im gleichen Brustton heiligster Ueberzeugung ausgesprochen, und doch auf Dynamit gebaut?

Da, gerade an der Wurfstangezeit und dem Klemmer (Schäfer, der jetzt, nach der Demission des Reichs- und preussischen Kabinetts, noch bis zur Stunde getrieben wird, erkennt man das